

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/10985 –

Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

- b) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/10371 –

Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

A. Problem

Zu den Buchstaben a und b

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, zur Vermeidung von Wohlstandsverlusten ein „Sofortprogramm“ für die deutsche Wirtschaft aufzulegen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10985 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

Zu Buchstabe b

Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 20/10371.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/10985 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/10371 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 25. September 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 20/10985** wurde in der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. April 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 20/10371** wurde in der 153. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Februar 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu den Buchstaben a und b

Die Fraktion der CDU/CSU schickt voraus, die Koalitionsfraktionen hätten eine Diskussion des Antrags auf Drucksache 20/10371 (siehe Buchstabe b) im zuständigen Wirtschaftsausschuss verwehrt, so dass eine abschließende Beratung im Plenum nicht habe stattfinden können. Aus diesem Grund habe die Fraktion der CDU/CSU den unter Buchstabe a geführten Antrag erneut im Plenum auf der Drucksache 20/10985 eingebracht, um ihren Ausführungen und Forderungen den notwendigen Ausdruck zu verleihen.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert in ihrem Antrag, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland durch ein „Sofortprogramm“ zu verbessern und eine Wirtschaftswende herbeizuführen. Die Antragsteller führen zur Begründung ihrer Forderung an, die deutsche Wirtschaft sei im Jahr 2023 um 0,3 Prozent geschrumpft, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. In der energieintensiven Industrie sei zudem die Produktion im Dezember 2023 im Vergleich zum Vormonat um weitere 5,8 Prozent zurückgegangen. Der Kapitalabfluss aus Deutschland sei so groß wie nie zuvor und zahlreiche Unternehmen verlagerten Teile oder sogar die gesamte Produktion aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das Ausland. Die Innovations- und Investitionsbereitschaft der Unternehmen sei gering. In der Folge drohten Wohlstandsverluste in einem nicht bekannten Ausmaß.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung im Interesse der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deshalb auf, eine Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns wieder einzuführen, Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen, Arbeitszeit und deren Erfassung flexibler zu gestalten und die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentnerinnen und Rentner steuerfrei zu stellen. Zudem sollten für Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld strengere Sanktionen eingeführt werden, wenn diese die Arbeitsaufnahme verweigerten. Des Weiteren fordert die Fraktion, steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen und die geplanten Steuererhöhungen für Landwirte zurückzunehmen. Auch sollten die Stromsteuer für alle auf das europäische Minimum von 0,05 Cent/kWh dauerhaft gesenkt und die Netzentgelte halbiert werden. Weitere Forderungen sind, gesetzliche Regelungen zur Beschleunigung von Planungs- Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren zu verabschieden, sich im Europäischen Rat für den Stopp des Vorhabens einer „Europäischen Lieferkettenrichtlinie“ einzusetzen sowie das deutsche Lieferkettensorgfaltpflichtengesetz auszusetzen und zu überarbeiten. Zudem solle ein Belastungsmoratorium durchgeführt werden, damit bis Ende des Jahres 2025 keine zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entstehe.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10985 in seiner 100. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10985 in seiner 89. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10985 in seiner 79. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/10985 in seiner 85. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10371 in seiner 97. Sitzung am 10. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10371 in seiner 88. Sitzung am 10. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10371 in seiner 78. Sitzung am 10. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/10371 in seiner 85. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/10985 in seiner 81. Sitzung am 25. September 2024 gemeinsam mit den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU auf den Drucksachen 20/10371, 20/8413, 20/11144 und 20/11950 abschließend beraten. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/10985 war zuvor in der 75. Sitzung am 24. April 2024, in der 76. Sitzung am 15. Mai 2024, in der 77. Sitzung am 5. Juni 2024, in der 78. Sitzung am 12. Juni 2024, in der 79. Sitzung am 26. Juni 2024 und in der 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke vertagt worden.

Zu Buchstabe b

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/10371 in seiner 81. Sitzung am 25. September 2024 gemeinsam mit den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU auf den Drucksachen

20/10985, 20/8413, 20/11144 und 20/11950 abschließend beraten. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/10371 war zuvor in der 73. Sitzung am 10. April 2024, in der 75. Sitzung am 24. April 2024, in der 76. Sitzung am 15. Mai 2024, in der 77. Sitzung am 5. Juni 2024, in der 78. Sitzung am 12. Juni 2024, in der 79. Sitzung am 26. Juni 2024 und in der 80. Sitzung am 3. Juli 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke vertagt worden.

Zu den Buchstaben a und b

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, sie habe frühzeitig auf die sinkende Wirtschaftsleistung und den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Deutschen Bundestag hätten sich jedoch über Monate hinweg einer Aussprache über die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Anträge im Wirtschaftsausschuss verweigert. Die Fraktion der CDU/CSU habe den Eindruck gewonnen, dass die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag beziehungsweise die Bundesregierung zwar vom grünen Wirtschaftswachstum und vom wirtschaftlichen „Turnaround“ sowie vom wirtschaftsfreundlichsten Bundeskanzler, den Deutschland seit Langem habe, sprächen, letztlich aber die Antworten auf die bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen schuldig blieben. In Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage in Deutschland wäre eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den Forderungen und Vorschlägen der Fraktion der CDU/CSU, die infolge der späten Behandlung nun teilweise überholt seien, geboten gewesen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Bundesregierung habe viele Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage auf den Weg gebracht. Der Fraktion der SPD mangle es an Seriosität in den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU, da ihre Forderungen nicht mit entsprechenden Finanzierungsvorschlägen hinterlegt worden seien. Die Bundesregierung habe mit der neuen Wachstumsinitiative ein gutes Paket geschnürt, das die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessere, und es bestehe für alle die Chance, die Maßnahmen dieser Wachstumsinitiative zu unterstützen. Die Anträge der Fraktion der CDU/CSU enthielten mit der Abschaffung des Bürgergeldes und den weiteren Forderungen, die darauf abzielten, die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern, Vorschläge, die die bestehende Rechtslage bereits berücksichtige. Auch deshalb würden die Anträge der Fraktion der CDU/CSU durch die Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, die Situation der deutschen Wirtschaft sei ernst. Lösungen müssten gefunden werden, um den Wohlstand in Deutschland nachhaltig zu sichern und um weiter wettbewerbsfähig zu sein. Deutschland befinde sich mittendrin in einer großen Transformation weg von den alten analogen Geschäftsmodellen hin zu einer digitalisierten und dekarbonisierten Wirtschaft. Dies sei ein globaler Trend. Beispielsweise hätten sich im Vergleich zum Jahr 2010 die globalen Absatzmärkte für Elektroautos 15-mal vergrößert und der globale Ausbau von Solaranlagen 75-fach. Das seien jedenfalls die Herausforderungen, auf die sich die Wirtschaft entsprechend vorbereiten müsse. Jedenfalls sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Unionsanträgen nicht den Hauch einer Antwort auf die großen wirtschaftlichen Herausforderungen der Exportnation Deutschland. Es bleibe bei der Ablehnung der Unionsanträge.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an. Es fehle insbesondere an einer seriösen haushalterischen Hinterlegung von Mitteln im Bundeshaushalt oder an einer seriösen Gegenfinanzierung, um die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten wirtschaftspolitischen Vorschläge umzusetzen. Der Fraktion der FDP sei es deshalb wichtig, dass die aktuell eingebrachte Wachstumsinitiative der Bundesregierung „Neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland“ eng mit dem Haushalt verbunden werde, damit nicht nur Maßnahmen allgemein aufgezeigt würden, sondern auch, wie diese Maßnahmen erfolgreich im Bundeshaushalt bei Einhaltung der Schuldenbremse umgesetzt werden könnten.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte die späte Behandlung der Unionsanträge im Wirtschaftsausschuss. Die Fraktion betonte, dass bereits vor Monaten, wenn nicht vor Jahren, viele der jetzigen Forderungen der Fraktion der CDU/CSU von der AfD-Fraktion erhoben worden seien. Den Anträgen der AfD sei jedoch nicht zugestimmt worden. Unabhängig hiervon kritisierte die Fraktion der AfD, eine „Klimatransformation“ würde durch die Fraktion der CDU/CSU letztlich akzeptiert. Es werde nicht darauf abgestellt, was die Wirtschaft in Deutschland wirklich brauche. Die Bundesregierung fahre jedenfalls eine Politik gegen die Menschen in Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger hätten erkannt, dass dies nicht funktioniere, die Wirtschaft gehe bergab. Deutschland sei der kranke Mann Europas. Die Fraktion der AfD habe jedenfalls die besseren Konzepte für eine Wirtschaftswende. Es werde Zeit, dass es in Deutschland wieder bergauf gehe.

Die **Gruppe Die Linke** sah insbesondere die Forderung der Fraktion der CDU/CSU nach einer Deckelung der Sozialabgaben als kritisch an. Im Ergebnis laufe dies auf eine Rentenkürzung und auf eine Kürzung im Gesundheitsbereich hinaus, wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen würden. Die Äußerungen der Fraktion der CDU/CSU zur Höhe des Bürgergeldes und zum Lohnabstandsgebot hielten keiner Überprüfung stand. Zudem seien die Vorschläge für eine Steuersenkung nicht gegenfinanziert. Die Gruppe Die Linke stimme den Anträgen der CDU/CSU-Fraktion jedenfalls nicht zu.

Zu Buchstabe a

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10985.

Zu Buchstabe b

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt einvernehmlich die Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 20/10371.

Berlin, den 25. September 2024

Bernd Westphal
Berichterstatter

